

Das TTIP-Abkommen und die Macht der Konzerne

Ein Podium bei der Volkshochschule beleuchtete die aktuelle Freihandelsdebatte / Kritik an Geheimhaltung

120 Zuhörer haben sich am Sonntag bei der Reutlinger Volkshochschule über das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen EU und USA informiert - und sie erfuhren, dass man wenig Genaues weiß.

Reutlingen. Verhandelt wird hinter verschlossenen Türen - nur die Wirtschaft hat Zutritt. Die These von "Publik Forum"-Chefredakteur Wolfgang Kessler, der das einführende Referat hielt: "In Wirklichkeit geht es um mehr Macht für die globale Wirtschaft gegenüber der Politik." Die Harmonisierung von Vorgaben könne den Verbraucherschutz untergraben.

Die Standards würden durch TTIP sinken, warnte Kessler. Nicht nur die europäischen Mindestlöhne, die Buchpreisbindung und die Vergabe öffentlicher Dienstleistungen. Sondern auch die Standards in den USA, die etwa bei der Medikamentenzulassung und den Auflagen für die Tabakindustrie viel rigider seien als in Europa.

Ein zentraler Kritikpunkt an TTIP ist die geplante Streitschlichtungskammer aus internationalen Juristen zum Schutz von Investoren. Dort könnten Konzerne Regierungen verklagen, wenn sie durch deren Politik ihre Gewinnerwartungen bedroht sähen. "Das wäre wirklich die marktkonforme Demokratie", wandelt Kessler ein Merkel-Zitat ab. Und die geplante Liberalisierung solle auch die Finanztransaktionssteuer verhindern. Mit dem Abkommen wollten die USA ihre geschwächte Weltmarktposition wieder stärken, glaubt Kessler. Eigentlich brauche es seiner Ansicht nach mehr Regeln - zum Schutz des fairen Handels und des nachhaltigen, umweltgerechten Wirtschaftens.

Der CDU-Europaabgeordnete Norbert Lins fehlte aus familiären Gründen. Einziger Verteidiger des Abkommens war darum der Tübinger SPD-Bundestagsmann Martin Rosemann, der sich ordentlich mit den TTIP-Gegnern im Publikum in die Wolle kriegte.

Rosemann zitierte ausgiebig aus dem mittlerweile öffentlichen Verhandlungsmandat - das vollmundige Absichtserklärungen beinhaltet, aber eben auch die Forderung nach größtmöglichem Liberalismus. Die These, so Rosemann, dass sich beim Freihandel immer nur das Billigste durchsetze, sei falsch. Die hiesige Medizintechnik profitiere von kürzeren Genehmigungsverfahren. Und bei Lebensmitteln würden die EU-Standards hier weiter gelten. Zielsetzung des Abkommens seien nicht geringere Standards. Auch die USA sollten die internationalen ILO-Arbeitsnormen ratifizieren.

Für Rosemann ist TTIP "ein Versuch, Globalisierung zu gestalten". Für die Reutlinger Grünen-Bundestagsfrau Beate Müller-Gemmeke sind die geheimen Verhandlungen allein ein Grund, das Abkommen abzulehnen: "So geht das nicht im 21. Jahrhundert. Das ist nicht demokratisch" - nur Lobbyisten hätten bei den Gesprächen Zutritt. Sie fordert Transparenz: "Es braucht keine öffentlichen Debatten mehr, wenn alles in Hinterzimmern verhandelt wird."

Die Tübinger Linken-Abgeordnete Heike Hänsel verwies auf die Erfahrungen aus dem Europa-Kanada-Abkommen CETA und dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA. Letzteres habe in den USA eine Million Arbeitsplätze gekostet. "Wo steht jetzt der Mindestlohn drin?", fragte Hänsel - die USA könnten doch mit Niedriglöhnen billiger produzieren, das gefährde hier Jobs. So entstehe die größte Freihandelszone der Welt. Man solle nicht zerstörerischen Handel vorantreiben, sondern nachhaltiges Wirtschaften fördern.

Der moderierende VHS-Chef Ulrich Bausch sah die öffentliche Förderung für Volkshochschulen bedroht: Dann sei künftig so eine Veranstaltung nicht mehr möglich. Rosemann versuchte zu beschwichtigen und gab zu, dass öffentliche Beteiligung an den Verhandlungen viele Probleme vermieden hätte. Er ist auch gegen das geplante Schiedsgericht - die Bundesregierung wolle nachverhandeln. Zu den vielen Unklarheiten bei TTIP gehört freilich die Frage, wer am Ende zustimmen muss: Die EU-Gremien oder die nationalen Parlamente. Nur in letzterem Fall könnten Bürger hierzulande gegen das Abkommen klagen.

Matthias Reichert